lification du rapport que l'autorité chargée de l'enquête elle-même ne semblait pas savoir précisément dans quelle catégorie placer, la pièce incriminée ne pouvait à l'évidence pas faire partie de celles dont le caractère confidentiel a été levé au mois de décembre 2004.

TPF 2005 123

33. Auszug aus den Entscheiden der Strafkammer in Sachen Bundesanwaltschaft gegen A., B. und C. vom 2. und 14. Juni 2005 (SK.2004.14 und SK.2004.15)

Abwesenheitsurteil. Vereinigung von Verfahren. Privatklage.

Art. 18, 148, 210 BStP, Art. 41 OR

Die Durchführung eines Abwesenheitsverfahrens erfordert, dass die Angeklagten im Vorverfahren Gelegenheit zur Stellungnahme hatten und von der Hauptverhandlung rechtsgenügend unterrichtet wurden (E. 1.1.2).

Das Gesetz schreibt für die Vereinigungsverfügung im Sinne von Art. 18 Abs. 2 BStP keine bestimmte Form vor; der übernommene Sachverhalt muss allerdings klar umschrieben sein (E. 1.2.2).

Soweit in der Sache kein Schuldspruch erfolgt, ist auf die Zivilforderung nicht einzutreten. Wer als Gehilfe an einer Straftat teilnimmt, ist mitverantwortlich für den einem anderen dadurch zugefügten Schaden. Der Privatkläger hat bei Investitionsgütern Anspruch auf Ersatz des Verkehrswerts im Zeitpunkt der Tat. Bei Sachen, deren Wert mit der Zeit sinkt, ist nur der Zeitwert zu ersetzen (E. 9.1.2).

Jugement par défaut. Jonction de procédures. Action civile.

Art. 18, 148, 210 PPF, art. 41 CO

Pour que les débats puissent être tenus en l'absence des accusés, il faut que ceux-ci aient eu l'occasion de faire valoir leurs positions au cours de la procédure d'instruction et qu'ils aient été dûment informés de la tenue de l'audience de jugement (consid. 1.1.2).

La loi ne prescrit aucune forme particulière pour l'ordonnance de jonction au sens de l'art. 18 al. 2 PPF; l'état de faits joints doit cependant être décrit de manière claire (consid. 1.2.2).

En l'absence de verdict de culpabilité dans la cause, il n'y a pas lieu d'entrer en matière sur les conclusions de la partie civile. Celui qui participe à la commission d'une infraction en tant que complice est coresponsable du dommage ainsi causé à des tiers. En matière de biens d'investissement, la partie civile a droit au remplacement de la valeur du marché au moment de l'acte. Pour des biens dont la valeur diminue avec le temps, ce n'est que la valeur actuelle qui devra être indemnisée (consid. 9.1.2).

Sentenza contumaciale. Riunione di procedimenti. Azione civile.

Art. 18, 148, 210 PP, art. 41 CO

L'esecuzione di una procedura contumaciale presuppone che gli imputati abbiano avuto la possibilità di prendere posizione nella procedura preliminare e che siano stati informati in merito al dibattimento conformemente alle esigenze legali (consid. 1.1.2).

Per la decisione di riunione di procedimenti ai sensi dell'art. 18 cpv. 2 PP, la legge non prescrive una forma determinata; i fatti ripresi devono tuttavia essere descritti in modo chiaro (consid. 1.2.2).

Se in fatto non è pronunciata una sentenza di condanna, non si deve entrare nel merito dell'azione civile. Chi prende parte a un reato in qualità di complice è solidalmente responsabile del danno cagionato a un terzo. Per quanto riguarda i beni d'investimento, l'accusatore privato ha diritto al risarcimento del valore di mercato al momento della commissione del reato. Per quanto riguarda le cose il cui valore diminuisce con l'andar del tempo, occorre risarcire unicamente il valore attuale (consid. 9.1.2).

Zusammenfassung des Sachverhalts:

In der Nacht vom 5./6. Juni 2003 wurde in Littau ein Postomat gesprengt. Der Geldbehälter blieb bei der Sprengung intakt und die Täterschaft entfernte sich ohne Beute vom Tatort. Nach gleichem Muster erfolgte in der Nacht vom 1./2. August 2003 in Horw eine weitere Sprengung eines Postomaten. Am 22. August 2003, kurz nach Mitternacht, wurde in eine Tankstelle in Kriens eingebrochen und es wurden verschiedene Verkaufswaren entfernt.

A., B. und C. wurde unter anderem wegen Sprengstoffdelikten verurteilt. Hinsichtlich A. und C. wurde ein Abwesenheitsurteil gefällt.

Aus den Erwägungen:

1.1.2 Kann der Angeklagte nicht vor Gericht gestellt werden, so findet die Hauptverhandlung gleichwohl statt. Der Verteidiger ist zuzulassen. Das Gericht vertagt die Verhandlung, wenn es das persönliche Erscheinen des Angeklagten als notwendig erachtet (Art. 148 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 BStP).

Da sich die Vorgenannten (mutmasslich) in ihren Heimatländern aufhalten, ist ein Auslieferungsbegehren aussichtslos (vgl. Art. I des schweizerisch-serbischen Auslieferungsvertrags vom 28. November 1887 [SR 0.353.981.8]). Das Gericht hat die gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, um deren Anwesenheit an der Hauptverhandlung sicherzustellen. Beide wurden in der Voruntersuchung durch die Bundesanwaltschaft (soweit den Angeklagten C. betreffend rechtshilfweise) und das Untersuchungsrichteramt befragt. Anlässlich der Konfrontationseinvernahme vom 25. August 2004 erhielten sie Gelegenheit, sich in Anwesenheit der Verteidigung gegen die erhobenen Tatvorwürfe und zum Beweisergebnis der Voruntersuchung zu äussern. Sie konnten ihre verfassungsmässig garantierten Verteidigungsrechte (Art. 32 Abs. 2 BV und Art. 29 Abs. 2 BV; ferner Garantien gemäss Art. 6 EMRK) hinreichend geltend machen. Beide Angeklagten wurden rechtsgenügend von der Hauptverhandlung unterrichtet, nämlich durch Zustellung der Vorladung ans Rechtsdomizil beziehungsweise nach erfolglosem Zustellungsversuch durch Ediktalladung. Die Verteidiger der Angeklagten nahmen an der Hauptverhandlung teil. Unter diesen Umständen ist ihre Anwesenheit entbehrlich und die Durchführung eines Abwesenheitsverfahrens statthaft, insbesondere auch mit Blick auf das Rechtsmittel gemäss Art. 148 Abs. 3 BStP, welches unter gewissen Voraussetzungen die Aufhebung und nochmalige Überprüfung in der Sache erlaubt.

(...)

1.2.2 Ist in einer Bundesstrafsache sowohl Bundesgerichtsbarkeit als auch kantonale Gerichtsbarkeit gegeben, so kann der Bundesanwalt die Vereinigung der Verfahren in der Hand der Bundesbehörden oder der kantonalen Behörden anordnen (Art. 18 Abs. 2 BStP). Eine bestimmte Form dieser Anordnung ist nicht vorgesehen. Allerdings muss der übernommene Sachverhalt klar umschrieben sein.

Die Bundesanwaltschaft reichte dem Gericht an der Hauptverhandlung die Vereinigungsverfügung vom 23. März 2005 betreffend Einbruchdiebstahl in

Kriens ein. Diese Verfügung wurde dem Kanton Luzern zur Kenntnis gebracht, welcher Verzicht auf die Strafverfolgung in eigener Kompetenz erklärte. Die Vereinigungsverfügung genügt den Voraussetzungen von Art. 18 Abs. 2 BStP. Damit ist die Zuständigkeit des Bundesstrafgerichts für den Einbruchdiebstahl in Kriens gegeben.

(...)

9.1.2 Die Schweizerische Post macht ferner betreffend den Sprengstoffanschlag in Horw Schadenersatz in der Höhe von Fr. 77'485.15 geltend.

Der Angeklagte C. hat diese Forderung anerkannt. Das Gericht nimmt hiervon Vormerk.

Der Angeklagte A. wurde im direkten Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag in Horw nicht schuldig gesprochen. Auf die Zivilklage wird daher, soweit ihn betreffend, nicht eingetreten (Art. 210 Abs. 1 BStP).

Der Angeklagte B. ist als Gehilfe des Sprengstoffanschlags mitverantwortlich für den der Schweizerischen Post dadurch zugefügten Schaden (Art. 41 OR). Er haftet gemäss Art. 50 Abs. 1 OR solidarisch mit dem Angeklagten C. Die Post macht als Schadensposten unter anderem die Kosten für einen neuen Postomat in der Höhe von Fr. 58'774.– sowie den Sachwert des gesprengten Postomatenhäuschens im Betrag von Fr. 15'000.– geltend. Die Privatklägerin hat, soweit Investitionsgüter betreffend, Anspruch auf Ersatz des Verkehrswerts im Zeitpunkt der Tat. Bei Sachen, deren Wert mit der Zeit sinkt, ist nur der Zeitwert zu ersetzen (BGE 127 III 73 E. 5b S. 77), respektive ist vom Neuwert ein dem Wertverlust infolge Zeit entsprechender Abzug zu machen (ROBERTO, Schweizerisches Haftpflichtrecht, Zürich 2002, N. 691 f.). Die Geschädigte erwähnte zwar in ihrer Schadensaufstellung, der Postomat sei neu gewesen und beim Postomatenhäuschen sei eine Abschreibung berücksichtigt worden. Das genügt aber nicht als Schadennachweis. Die Klage wird deshalb, soweit den Angeklagten B. betreffend, nur grundsätzlich sowie im Teilbetrag von Fr. 3'711.15 gutgeheissen und die Schweizerische Post im Übrigen an den Zivilrichter verwiesen.